

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Vorsitz: Dr. Ron-Hendrik Hechelmann

Magistratsmitglied: Oberbürgermeister Christan Geselle, Bürgermeisterin Ilona Friedrich, Stadtrat Dirk Stochla und vier ehrenamtliche Magistratsmitglieder

Wahlergebnis 2016: 29,5 %

Mit Ausnahme ihrer historischen Niederlage 1993 ist die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) trotz sinkendem Stimmanteil seit dem Kriegsende bei den Kasseler Kommunalwahlen die stärkste Partei. Entsprechend selbstsicher setzt sie in ihrem Programm unter den Titel „Wir schaffen Chancen“ auf vier Kernfelder: Arbeiten & Wirtschaft, Bildung, Wohnen sowie soziale Gerechtigkeit. Neben Corona liegen dabei vier Herausforderungen quer zu den programmatisch in elf Unterpunkten aufgefächerten Inhalten: Digitalisierung, Klima, Inklusion und die Stadtteil- bzw. Quartierspolitik.

Im Bereich Arbeiten und Wirtschaft will die SPD mit einem breiten Bündnis von Akteur:innen den Bedarf an Fachkräften durch Ausbildung sichern und Jugendlichen eine Zukunftsperspektive bieten. Innovation und technologischen Strukturwandel fördernde Netzwerke sollen regionale Industriearbeitsplätze sichern und der geplante Kasseler Pakt gegen Kinder- und Altersarmut die relevanten Akteursgruppen besser miteinander vernetzen.

Die Stadtteilkern- und -zentren will die SPD aufwerten. Sie bilden zentrale soziale Strukturen, sind Basis der Nahversorgung, ermöglichen bürgerschaftliches Engagement wie Nachbarschaftshilfe und sind wichtige Treffpunkte. Medizinische Versorgungszentren sollen den Facharztzugang verbessern und gleichzeitig eine Konzentration bei der stationären Krankenhausversorgung ermöglichen.

In den Bereichen Bildung und Soziales setzt die SPD darüber hinaus auf die Umsetzung der Betreuungsplatzgarantie, Digitalisierung und die Sanierung und Modernisierung der Gebäude. Die SPD will zusammen mit der im Klimaschutzrat eingebundenen Bürgerinnengesellschaft, Kassel bis 2030 zur klimaneutralen Stadt machen. Dazu gehören Solaranlagen auf städtischen Dächern, 3.000 neue Bäume, eine Tramlinie nach Rothenditmold und Harleshausen, ein zentraler Fernbusbahnhof sowie eine moderne Radverkehrsinfrastruktur.

Sozial gerechtes Wohnen ist das Ziel der geplanten 1.000 neuen GWG-Wohnungen bis 2030, zusammen eine Begrenzung der Mietsteigerungen, neuen Wohnungsbauflächen und eine Beibehaltung der Mietpreisbremse. Milieuschutzsatzungen sollen zusätzlich der Gentrifizierung entgegenwirken.

Mit sichtbarer Polizeipräsenz, mehr Stadtpolizist:innen und (aktiver) Videoüberwachung möchte die SPD die (gefühlte) Sicherheit an Kriminalitätsschwerpunkten erhöhen. Gleichzeitig sollen aber auch Sozialarbeit und Prävention gestärkt werden.

Der Wahlvorschlag umfasst 78 Bewerber:innen, mit dem Spitzenkandidaten Patrick Hartmann auf Platz 1. Die SPD tritt zudem in allen Stadtteilen für den Ortsbeirat an.